

## «... da ich endlich wissen will, was in meiner Kindheit alles gelaufen ist»

Für Verding- und Heimkinder, die auf der Suche nach ihrer Geschichte sind, spielen Archive eine zentrale Rolle. Im Berner Stadtarchiv ist es Yvonne Pfäßli, die in die Tiefe steigt, wenn ein Gesuch um Akteneinsicht eintrifft.



An ihrem Arbeitsplatz ist Yvonne Pfäßli umgeben von Dossiers, die Tausende von Schicksalen enthalten. Foto: Adrian Moser

## Dölf Barben

Es ist kühl in den weitläufigen Untergeschossen. Wenn sie länger dort unten zu tun habe, ziehe sie sich etwas Wärmeres an, sagt Yvonne Pfäffli. Die Historikerin arbeitet seit anderthalb Jahren im Berner Stadtarchiv, das im Kubus untergebracht ist, dem Erweiterungsbau des Historischen Museums. Im fensterlosen, wohl vierzig Meter langen Raum drängen sich die Stirnseiten mächtiger Gestelle aneinander. Drückt die Archivarin auf einen Knopf, verschieben sie sich fast lautlos und geben am gewünschten Ort einen Gang frei. «Hier», sagt sie und tritt hinein in den Zwischenraum, der sich geöffnet hat.

Zu beiden Seiten stehen grosse braune Bände, feinsäuberlich angeschrieben, gegen 800 an der Zahl. Sie enthalten Vormundschaftsberichte, die bis ins Jahr 1883 zurückreichen. In anderen Gestellen finden sich die Akten der Sozialen Fürsorge, 300 Laufmeter, 25 000 bis 30 000 Personendossiers, die den Zeitraum von 1920 bis 1960 abdecken. Dazu kommen 80 Laufmeter Dossiers zu Adoptionen und Vormundschaften sowie über 200 Ordner mit Protokollen der Vormundschaftskommission. Sie sei beeindruckt von dieser Menge an Information, sagt Yvonne Pfäffli.

An ihrem eigentlichen Arbeitsplatz ist es hell. Das Stadtarchiv scheint auf dieser oberen Ebene fast nur aus Glas zu bestehen. Der Blick geht hinüber zur Berner Altstadt. «In der Debatte um Verding- und Heimkinder und um Betroffene von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen spielen Archive eine zentrale Rolle», sagt Yvonne Pfäffli. Dass diese Debatte in letzter Zeit immer aktueller geworden ist, zeigt sich an der Zahl der diesbezüglichen Einsichtsgesuche. 2013 verzeichnete das Berner Stadtarchiv deren 20. Im laufenden Jahr wurde diese Zahl schon beinahe erreicht. Die Archivarin schiebt einen Brief über den Tisch. Das Beispiel einer Anfrage. Sie stammt von einem Mann Mitte der fünfzig und ist in sauberer Handschrift abgefasst: «Ich möchte Einsicht in meine Akte, da ich endlich wissen will, was in meiner Kindheit alles gelaufen ist.»

## Sechs bis sieben Stunden pro Fall

Hier beginnt Yvonne Pfäfflis Arbeit. Allein mit einem Namen und einem Jahrgang sei es schwierig, etwas zu finden, sagt sie. Oft schreibe sie deshalb zurück und erkundige sich nach allem Möglichen, nach dem Wohnort der Eltern, nach dem Ort der Fremdplatzierung und ob es zuvor zu einer Scheidung gekommen sei. «An den Namen des Vormunds erinnern sich fast alle.»

Wenn sie Glück hat, wird sie bereits bei den Vormundschaftsberichten fündig. Oder dann stösst sie in den Fürsorgedossiers auf eine Spur. Das Problem ist nur, dass die Akten nach einem aus heutiger Sicht nicht mehr verständlichen System abgelegt wurden. Sie sind zwar mit Nummern versehen, aber es ist nicht mehr klar, nach welchen Kriterien diese vergeben wurden. «Es kann gut sein, dass wir nichts finden, obschon eigentlich etwas vorhanden wäre.»

In vielen Fällen aber enden die Nachforschungen, die im Durchschnitt sechs bis sieben Stunden in Anspruch nehmen, erfolgreich. Oder dann liefern sie zumindest weitere Hinweise - auf Akten zum Beispiel, die sich im Archiv einer anderen Gemeinde befinden. Oder befinden sollten. Yvonne Pfäffli stellt die Fundstücke in der Folge zusammen und lädt die Person, die Akteneinsicht verlangte, ins Stadtarchiv ein. «Meist an einem Vormittag, wenn der Lesesaal

**«Wir sagen, dass es sich um eine einseitige Behördensicht handelt.»**

Yvonne Pfäffli, Archivarin

nicht besetzt ist», sagt sie. Nicht selten höre sie dann von ihrem Arbeitsplatz aus, wie jemand laut auflache und rufe, das stimme doch nicht.

In einem vorgängigen Gespräch, das Stadtarchivar Roland Gerber führt, werden die ehemaligen Verding- und Heimkinder darauf aufmerksam gemacht, dass es für sie womöglich nicht leicht sein wird, all die unschönen Dinge über sich und ihre Familie zu lesen. «Wir sa-

gen ihnen, dass es sich um eine einseitige Behördensicht handelt.» Manche seien nach der Lektüre der zum Teil vernichtenden Urteile über ihre Eltern aufgewühlt, sagt Yvonne Pfäffli - und brächten trotzdem oft Verständnis für sie auf. «Meine Mutter war lieb, sie hatte einfach kein Geld», habe jemand gesagt.

## Meist keine Hinweise auf Gewalt

Die Einträge in den Dossiers folgten oft einem ähnlichen Muster, sagt die Archivarin. Auf der einen Seite die Pflegemutter und der Vormund: fürsorglich und umsichtig. Auf der anderen Seite der Pflegebub: schwierig, aufmüpfig und ein Bettnässer - sowie die leibliche Mutter, die mit ihrem liederlichen Lebenswandel einen schlechten Einfluss auf ihre Kinder ausübte. Häufig sei es zu physischer, psychischer und gar sexueller Gewalt gekommen, sagt Yvonne Pfäffli. «Normalerweise aber finden sich dazu in den Akten keine Hinweise.» Und wenn

doch, deute dies auf aussergewöhnliche Gewaltanwendung hin - auf ein entsprechendes Beispiel sei sie in einem Vormundschaftsbericht gestossen. Darin steht, in einem Kinderheim sei ein Knabe

**«Meine Mutter war lieb, sie hatte einfach kein Geld.»**

Person, die als Kind fremdplatziert wurde

von einer Schwester körperlich derart hart gezüchtigt worden, «dass eingeschritten werden musste».

## «Diese Leute hat es hart getroffen»

Für sie habe das Thema Verding- und Heimkinder nicht immer diese Dringlichkeit gehabt wie heute, sagt Yvonne Pfäffli. So habe sie sich anfänglich gefragt, ob es tatsächlich die Aufgabe der Gesellschaft sei, «die schwierigen Schicksale mit Geld entschädigen zu wollen». Seit sie im Stadtarchiv tätig sei, habe sie bei sich aber einen Bewusstseinswandel



Der Bund  
3001 Bern  
031/ 385 11 11  
www.derbund.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 46'575  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 037.021  
Abo-Nr.: 1094819  
Seite: 19  
Fläche: 88'017 mm<sup>2</sup>

festgestellt. Der ständige Umgang mit diesen Dossiers, die schiere Menge an Einzel- und Familienschicksalen, letztlich das immense Ausmass des Problems liessen sie das Thema heute mit anderen Augen sehen. Auch wenn es früher sehr viele Leute schwierig hatten - «diese Leute, um die es hier geht, hat es besonders hart getroffen», sagt sie. «Und das war das Gemeine: Sie konnten tun, was sie wollten, aber sie konnten es doch niemandem recht machen.»

Und schliesslich sind es die Folgen für all diese Menschen: Die Auswirkungen dieser frühen Behördenentscheide seien zum Teil verheerend gewesen, sagt die Archivarin. Manchen Personen, die ins Stadtarchiv kämen, sehe sie es deutlich an, dass sie immer noch eine schwere Bürde zu tragen hätten. Bei anderen bemerke sie es weniger. «Aber niemand», sagt sie, «niemand konnte sie abschütteln.» Die «volle Tragweite dieses dunklen Kapitels der Schweizer Geschichte» sei ihr, trotz ihres abgeschlossenen Geschichtsstudiums, erst in letzter Zeit richtig bewusst geworden.

Und dann verrät Yvonne Pfäffli etwas Persönliches. Ihre kürzlich verstorbene Grossmutter sei ebenfalls ein Verdingkind gewesen. Diese habe nie viele Worte über ihre Vergangenheit verloren, und in der Familie habe man nicht darüber gesprochen. Nun aber habe sie sich entschlossen, sich in nächster Zeit selber auf die Suche nach den Akten ihrer Grossmutter zu machen - «auch wenn ich mich davor etwas fürchte».



Der Bund  
3001 Bern  
031/ 385 11 11  
www.derbund.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 46'575  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 037.021  
Abo-Nr.: 1094819  
Seite: 19  
Fläche: 88'017 mm<sup>2</sup>

Rund 20 000 schwer betroffene Opfer

## Die Zeit für Wiedergutmachung wird knapp

Das Thema der Verding- und Heimkinder drängt immer stärker in den Vordergrund.

Es ist ein dunkles Kapitel Schweizer Geschichte. Behörden haben bis in die 1980er-Jahre Zehntausende Kinder und Jugendliche auf Bauernbetrieben verdingt, in Heime oder in geschlossene Anstalten gesteckt, zur Adoption freigegeben, zwangssterilisiert oder psychiatrisiert. Das dadurch entstandene Leid ist immens.

Das Thema ist in letzter Zeit immer stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Vor einem Jahr entschuldigte sich Justizministerin Simonetta Sommaruga im Namen des Bundesrats bei den Opfern. An einem runden Tisch verhandeln Betroffene mit Vertretern der öffentlichen Hand und verschiedener Institutionen über eine Entschädigung. Beschlossen wurde bereits ein Soforthilfefonds, der mit kantonalen Lotteriegeldern fi-

nanziert wird. Das Geld soll ausschliesslich jenen Opfern zugutekommen, die sich in einer finanziellen Notlage befinden. Die meisten Personen, die von fürsorglichen Zwangsmassnahmen betroffen waren, sind heute betagt. Die Zeit drängt.

### Fonds mit 500 Millionen Franken

Einen direkteren Weg verfolgt deshalb die Wiedergutmachungsinitiative, die von Betroffenenverbänden Ende März lanciert wurde (siehe «Bund» vom 1. April). Im Initiativkomitee haben National- und Ständeräte aller wichtigen Parteien - ausser der SVP - Einsitz genommen. Errichtet werden soll ein Fonds in der Höhe von 500 Millionen Franken. Nur schwer geschädigte Opfer sollen daraus eine Wiedergutmachung erhalten. Die Forschung geht dabei von rund 20 000 Personen aus. In der Pflicht sollen der Bund und die Kantone stehen. Sie sollen zudem für eine unabhängige wissenschaftliche Aufarbeitung sorgen und die

Diskussion darüber in der Öffentlichkeit fördern.

### Auch Stadt Bern hat eingezahlt

Der Gemeinderat der Stadt Bern hat Anfang April beschlossen, 100 000 Franken in den Soforthilfefonds einzuzahlen. Damit anerkennt er, wie es in einer Mitteilung heisst, «dass auch durch die Vormundschaftsbehörden der Stadt Bern vielen Menschen unrecht getan wurde». Bereits früher hat der Gemeinderat für die Aufarbeitung von Akten die Zahlung von 30 000 Franken bewilligt. Laut Archivarin Yvonne Pfäffli ist geplant, 5000 der gegen 30 000 Fürsorgedossiers zu erschliessen. In einer Datenbank werden ihre Eckdaten sowie einige digitalisierte Seiten erfasst. Die Dossiers selber werden in Schachteln aus säurefreiem Karton «umgepackt», damit sie nicht weiter Schaden nehmen. Die Erschliessung wird in erster Linie Forschern den Zugang zu den Beständen erleichtern. (db)